

Annungsgegnossen in den Verfassungs-Entwurf gebracht — dieselben Personen heute mit Nein stimmen, die bei der ersten Lesung nicht allein für die Annahme derselben votirt, sondern auch bei jener Berathung mit einer solchen Entschiedenheit dafür gesprochen haben, daß sie die Ablehnung als einen Vaterlands-Verrath zu brandmarken suchten, so erfolgt mit 266 gegen 265 Stimmen die Verwerfung des Paragraphen. Und das sind dieselben Herren Vogt, Ludwig Simon, Wigard und Andere, die sich sonst vorzugsweise mit ihrer Consequenz und als die Vertreter von Prinzipien brüsten. Eine ehrenwerthe Ausnahme von einem solchen gesinnungslosen Verfahren bilden außer Hrn. Schüler selbst, die Herren von Dieskau, Eisenmann und wenige Andere.

Frankfurt, 23. März. Die österreichische Erklärung. Dieselbe ist vom 16. März datirt, und enthält in ihrem Eingange eine Erwiderung auf das von Herrn v. Schmerling eingereichte Gesuch um Enthebung von seinem hiesigen Posten. Mit Bedauern, heißt es in derselben, habe man in Wien von dem Gesuche Kenntniß genommen, könne aber die Motivirung der gewünschten Entlassung nicht als richtig anerkennen. Das Gesuch werde Sr. kaiserl. Majestät vorgelegt, und die Entscheidung ohne Aufschub hierher bekannt gegeben werden; bis sie erfolgt sei, führe einverständenermaßen Herr v. Schmerling den ihm durch das Vertrauen des Monarchen angewiesenen Posten fort.

Was die Motivirung des Gesuches um Entlassung betrifft, so enthält hierüber die k. k. Erklärung Folgendes:

„Euer Hochwohlgebornen gehen von der Voraussetzung aus, daß Oesterreichs deutsche Provinzen in Folge der dem Kaiserstaat so eben gegebenen Verfassung sich an dem deutschen Bundesstaat nicht betheiligen können. Dieses ist aber eben, was ich in Abrede stelle.

Freilich in einen Bundesstaat, der die innere freie Bewegung und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vernichtet, hätte Oesterreich unmöglich treten können. Ein solches Extrem ist aber meines Erachtens mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft.

Man konnte sich leicht einen solchen denken, mit einer mit ausgedehnten Attributen ausgerüsteten und stark organisirten Centralgewalt, mit einer ihr zur Seite stehenden Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Stämme, mit einer solchen Organisation des Vereins endlich, welche dem Auslande gegenüber ein großes, starkes, einiges und einheitliches Deutschland dargestellt und im Innern den verschiedenen deutschen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinsamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechtsinstitutionen gewährt haben würde. In einen solchen Bundesstaat einzutreten, wäre Oesterreich jeden Augenblick bereit.

Der neueste Frankfurter „Fühne Griff“ stellt freilich Alles auf's Neue in Frage. Wir können für heute bloß noch die weitere Entwicklung abwarten. Sie falle übrigens aus, wie sie wolle, so wird sie Oesterreich auf seinem Posten finden.

Wir erwarten übrigens von dem Patriotismus der dieses Gefühles empfänglichen österreichischen Deputirten, daß sie ihren Posten in Frankfurt nicht verlassen werden, so lange als ihnen dieses durch die äußeren Umstände nur immer möglich gemacht sein wird. Oesterreich denkt nicht daran — ich wiederhole es —, sich von Deutschland in den Berathungen über dessen künftige Verfassung loszusagen, und es ist daher Pflicht jedes wohl denkenden Staatsbürgers, seinem Vaterlande dort, wo diese berathen wird, das Wort zu reden bis zuletzt.

F. Schwarzenberg.“ (M. B.-G.)

Berlin, 21. März. Den Kommandeur in den Marken Herrn General Wrangel erblickt man jetzt öfterer als sonst, in Begleitung eines seiner Adjutanten, zu Fuß die Stadt durchwandernd, wobei er den öffentlichen Schauläden, namentlich denen der Buch- und Kunsthändler viel Aufmerksamkeit widmet. So verweilte er gestern längere Zeit vor dem Kunstladen des Herrn Lasally, wo er das auf einem Blatt dargestellte Gesamt-Portrait der Steuerverweigerer sorgfältig betrachtete.

Berlin, 22. März. Die Aussichten einer friedlichen Lösung der dänischen Frage verdunkeln sich. Abgesehen davon, daß die Sistirung der diesseitigen Truppenmärsche nach den Herzogthümern durch Kontre-Ordre 24 Stunden später zurückgenommen ist, — so scheint das dänische Kabinet, gestützt auf Rußland, auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes einzugehen nicht gesonnen, ja sogar auf eine bis zum 15. April proponirte Waffenruhe noch nicht einmal geantwortet zu haben. Hiernach ist die Angabe der Dst. Z., daß die Erhaltung des status quo bis zum 15. April von Dänemark bereits angenommen sei, zu berichtigen. Ebenso haben wir Ursache, Dänemarks Bereitwilligkeit zu bezweifeln, auf Lord Palmerston's Friedensvorschläge einzugehen.

In den Herzogthümern selbst zweifelt man nicht daran, daß es zum Kriege kommt, ebenso in Kopenhagen.

C Berlin, 22. März. (Kammerverhandlungen.) In der Sitzung der zweiten Kammer vom 20sten legte der Finanzminister den Finanz-Stat für das Jahr 1849 vor, wobei derselbe erklärte, daß das von einer beabsichtigten Anleihe von 70 Millionen verbreitete Gerücht durchaus grundlos sei. Es seien Mittel genug vorhanden, um die nöthigen außerordentlichen Ausgaben vollständig zu decken. Die Versammlung wandte sich hierauf zur Fortsetzung der Debatte über Abschnitt I. und II. der Adresse. Der Abg. v. Kirchmann spricht gegen

den Entwurf, erklärt sich gegen die Rechtsgültigkeit der Verfassung, gegen die Aeußerungen der Treue, der Ehrfurcht und der Dankbarkeit für den König und ergeht sich in maßlosen Angriffen gegen das Ministerium. Auf die Aeußerung desselben: die Handlungen der Minister sind nichts als glänzende Laster, beantragt der Minister-Präsident einen Ordnungsruf gegen den Redner. Dieser wird unter großem Tumult und unter den heftigsten Einwendungen von Seiten der Linken ertheilt. Die Linke zeigt überhaupt während der ganzen Sitzung ein Verhalten, welches den plumpen Einwendungen des d'Esterschen Gegenentwurfs einer Adresse vollständig entspricht. Ihre Wortführer von Unruh, Dierschke, Schneider, welche noch gegen den Commissionsentwurf sprechen, suchen durch heftige Polemik gegen die Regierung und deren Maßregeln den Entwurf der äußersten Linken zu unterstützen. Eine etwas anständigere Oppositionspartei, welche sich von der äußersten Oppositionspartei getrennt hat, und unter Führung der Abgg. Robbertus und Kosch verschiedene abschwächende Amendements gegen den Commissionsentwurf einbringen, protestirt ebenfalls gegen die Rechtsgültigkeit der Verfassung und sucht die Aeußerungen der Treue und der Loyalität aus der Adresse zu beseitigen. Alle Amendements werden von den Abgg. v. Auerwald, v. Bodelschwingh und v. Vincke glänzend bekämpft und bei der Abstimmung sämmtlich verworfen. Dasjenige von d'Estier mit 256 gegen 62 Stimmen, das von Robbertus mit 211 gegen 120. Dagegen wird der erste Abschnitt des Commissionsentwurfs mit 172 gegen 161 und der zweite mit 175 gegen 158 Stimmen angenommen. Hierauf erfolgt der Schluß der Sitzung.

In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde der Bericht über den Leue-Milde'schen Antrag, betreffend die Sistirung der Gesetze vom 2. und 3. Januar über die Gerichtsorganisation verlesen. Der Bericht erklärt sich gegen den Antrag und der Minister erklärt sich mit dem Bericht einverstanden. Mehrere Redner, namentlich v. Forkenbeck und v. Daniels sprechen für den Antrag gegen die Dringlichkeit der genannten Gesetze.

In der zweiten Kammer war Abschnitt 3. der Adresse an der Tagesordnung, welcher von dem Belagerungszustand handelt. Der Abg. Grebel spricht gegen den Belagerungszustand und provocirt das Ministerium zu Erklärungen. Der Minister v. Manteuffel bemerkt, das Ministerium könne erst dann auf eine nähere Auslassung über den Gegenstand eingehen, wenn die ministeriellen Vorlagen von der Versammlung geprüft würden. Nach ihm sprechen noch Jung und Pape für die Aufhebung und für den Adressentwurf sprechen die Abgg. Ulrich und v. Kleisch-Reekow, der Abg. v. Bismark übergibt eine Petition Berliner Bürger gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes. Nachdem der Abg. v. Vincke als Referent gesprochen, wird zur Abstimmung geschritten. Ein Amendement von d'Estier wird mit 187 Stimmen gegen 143 verworfen. Ebenso dasjenige von Robbertus.

C Berlin, 23. März. (Kammer-Verhandlungen.) Zu den gestrigen Verhandlungen tragen wir noch Folgendes nach: In der ersten Kammer sprach Herr v. Gerlach mit großem Eindruck und schneidender Schärfe und wies noch nach, daß andere Maßregeln dringender wären, als jener Gesetzentwurf, z. B. die Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte, welche leider die allgemeine Sicherheit gefährde, dann die Entfernung der Steuer-Verweigerer und Verführer der Landwehr aus den Richterämtern. Gegen den Commissions-Antrag sprechen noch Giercke, Lamnau und Prof. Stahl. Die Debatte wird auf die heutige Sitzung vertagt.

In der zweiten Kammer übergab außer Herr v. Bismark auch Graf Zietzen eine Petition von Berliner Einwohnern für Beibehaltung des Belagerungszustandes. Herr d'Estier versuchte wieder mehrfach das Ministerium anzugreifen und zu verdächtigen, wurde aber zurückgewiesen. Nach dem Robbertus'schen Amendement gegen den Belagerungszustand wurde auch das von dem Abgeordneten Tiele verworfen und der für die Fortdauer des Belagerungszustandes sprechende Satz des Commissions-Antrages bis zur Prüfung der näheren ministeriellen Vorlagen mit 184 gegen 144 Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung findet heute Statt. Die Linke hat somit in der Adressen-Debatte fortwährende Niederlagen erlitten.

— Vorgestern trafen russische Kabinets-Couriere mit wichtigen Depeschen hier ein, die sofort beantwortet wurden.

— In Folge einer Anzeige an einen Revier-Commissarius, daß in einem Hause in der Charlottenstraße eine Quantität Pulver verborgen sei, machte derselbe dem Hauswirth darüber vertrauliche Mittheilung, in Folge deren von dem Letzteren die Wohnung durchsucht wurde, ohne daß der Polizei-Beamte wußte, daß eins der Zimmer seit ein Paar Tagen von dem Abgeordneten d'Estier bewohnt ward. Diesen Vorgang hat der Abgeordnete d'Estier gestern zu einer Verdächtigung des Ministeriums benutzt. Der Minister des Innern antwortete natürlich, daß er von einem solchen unbedeutenden Polizeivorgange Nichts wisse, daß er aber Nachfrage anstellen werde. Wir sind leider überzeugt, daß jene Nachsuchung keine ernsthafte Begründung hat, begreifen aber in der That nicht, warum das Ministerium nicht schon längst gegen Herrn d'Estier und seine Freunde ernstliche Schritte angewandt und sich ohne Weiteres ihrer geheimen Papiere bemächtigt hat, da Herr d'Estier als Mitglied des demokratischen Central-Ausschusses